



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Klaus Adelt, Harald Güller, Florian Ritter, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Umfassenden Schutzschirm für die bayerischen Kommunen inklusive Nothilfe für Städte und Gemeinden in der Corona-Krise aufspannen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag umgehend einen umfassenden Schutzschirm für die bayerischen Städte und Gemeinden vorzulegen, mit dem zumindest eine teilweise Kompensation von Steuermindereinnahmen und von Einnahmeausfällen bei Städten und Gemeinden erfolgen kann. Der Schutzschirm enthält auch eine unmittelbare Nothilfe für die Städte und Gemeinden durch eine einmalige kommunale Kopfpauschale in Höhe von 100 Euro pro Einwohner.

Begründung:

Mit dem Ministerratsbeschluss zum Vorziehen der Auszahlungszeitpunkte von Finanzausgleichsleistungen in 2020 im Umfang von 2 Mrd. Euro geht die Staatsregierung tatsächlich einen Schritt in die erforderliche Richtung. Diese Maßnahme kann allerdings nur Teil eines umfassenden bayerischen Rettungsschirms für die Kommunen sein, denn es gibt dringenden und weiteren Handlungsbedarf.

Die bayerischen Kommunen leisten im Krisenmanagement unerlässliche, wertvolle und zuverlässige Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger. Städte und Gemeinden bekommen jedoch ihrerseits die Folgen der Krise beim Rückgang der Einnahmen in voller Härte zu spüren. Um die Handlungsfähigkeit der Kommunen unmittelbar und ununterbrochen sicherzustellen, ist eine umgehende Nothilfe durch den Freistaat erforderlich. Die Nothilfe soll auch dazu dienen, dass Städte und Gemeinden ihre geplanten Zukunftsinvestitionen realisieren können und den Unternehmen vor Ort nicht auch noch dieser Bereich bei ihren Aufträgen wegbricht.

Bereits jetzt ist davon auszugehen, dass die Gewerbesteuererinnahmen der Kommunen im Vergleich zum Vorjahr um bis zu 50 Prozent einbrechen werden. Gleichzeitig sind die Einnahmen im ÖPNV rapide gesunken, die Einnahmen etwa bei städtischen Schwimmbädern, Museen und Theatern fallen komplett weg, trotz laufender Kosten. Deshalb sollen es möglich sein, die kommunalen Einnahmeausfälle teilweise zu kompensieren, nicht zuletzt um zu gewährleisten, dass die Kommunen ihre Aufgaben gerade in der Krise weiterhin erfüllen können.